



Waren Sie schon in den Wasserwelten?

Auch nach der Eröffnung der Wasserwelten sprechen viele Gründe für die Wiedereröffnung des Nordbades!

Trotz intensiver Bemühungen das Nordbad unter Denkmalschutz zu stellen, ist an dieser Stelle leider kein Erfolg zu erwarten, da das Nordbad in den 80-iger Jahren mit einem Anbau erweitert wurde. Trotzdem gibt es gute Gründe, über die Wiedereröffnung des Nordbades nachzudenken:

• Zunächst lässt ein Artikel aus der Braunschweiger Zeitung vom 25.09.2014 aufhorchen, in dem die

Betriebserhaltungskosten des Gliesmaroder Bades pro Monat um satte 900 € geringer sind als zuvor veranschlagt. Für das Nordbad wurden die Erhaltungskosten von Herrn Scharna mit 30.000 € jährlich veranschlagt. Dies steht in keinem Verhältnis zu den für das Gliesmaroder Bad veranschlagten Kosten.

Daraus ergibt sich doch die Frage, ob nicht auch die Erhaltungskosten des Nordbades drastisch sinken.

• Auch nach Rettung des Bades in Gliesmarode und der Eröffnung der Wasserwelten wird es weiteren Bedarf an Schwimmbädern geben.

Aber wenn man die finanzielle Wasserwelt-Chronik betrachtet, können Zweifel aufkommen, ob ein Schwimmbadneubau günstiger wird als die Sanierung des bestehenden Nordbades.

• **Wasserwelten-Chronik:**

2007: Ratsbeschluss, 17,5 Mio. €

2008: Ergänzung Fitnessbereich, Mehrkosten: 2 Mio. €

2009: Kosten: 26 Mio. €

Eröffnung September 2012

2011: Kosten 26,1 Mio. €

November 2012: Neue Ausschreibung. Kosten: 28,4 Mio. €

Kostenrisiko von 800.000 €

November 2013: Kosten 30 Mio. €

März 2014: Kosten 32,02 Mio. €

Juli 2014: Gesamtkosten?

Lesen Sie weiter auf Seite 6 unten

Erinnerungsstätte statt Ehrenhain Seite 4 + 5



Schuldscheine im Rathaus Seite 7



Atommüll-Alarm Seite 2



Kita gegen rechte Stimmungsmache Seite 8

Stresstest und Strahlengenehmigungen stehen auf dem Prüfstand?!

Der Atomstandort Braunschweig-Thune wird beim Landesumweltministerium in Hannover überprüft. Der fehlende Stresstest soll erbracht und die enorm hohen Strahlengenehmigungen reduziert werden. Zu fragen wäre, warum ist für diese politisch sensible Aufgabe im Landesumweltministerium ausgerechnet diejenige Frau Dr. Lange zuständig, die ehemals verantwortlich für die Erteilung genau dieser Genehmigungen im Gewerbeaufsichtsamt in Braunschweig war?



Diskussion um 6. IGS:

Fotos Florian Kleinschmidt

Wenig konstruktive Panikmache der CDU

Die BIBS-Fraktion stellte in der Debatte um eine sechste IGS am 30.9. klar: „Wir sind zwar grundsätzlich für die Einrichtung einer 6. IGS wegen der nachgewiesenen Nachfrage, die bisher nicht erfüllt werden kann, aber nicht auf „Biegen und Brechen“, sondern nach sorgfältiger Analyse und Abwägung aller in die Diskussion eingehender Aspekte inkl. der Möglichkeiten der Umsetzung und ihrer Konsequenzen.“

Der im Rat gefasste Beschluss ist dazu eine Weichenstellung; dass sich erstmals auch die CDU nicht mehr der Notwendigkeit einer weiteren IGS in Braunschweig entziehen konnte, wertet die BIBS als einen Meilenstein in der Schuldebatte Niedersachsens. Die Einrichtung der 6. IGS erfordert allerdings - wie seinerzeit bei der 4. IGS und zur 5. IGS - engagierte und kreative Basis(vor)arbeit, die beginnt übrigens bereits.

Die Schließung eines der neun Braunschweiger Gymnasien steht überhaupt nicht zur Debatte, wie wohl zunächst aus CDU-Kreisen in Gymnasial-Krei-

sen suggeriert wurde, weil - so die Begründung der CDU, andere Schulgrundstücke nun einmal nicht vorhanden seien. Das lässt verwundern:

Vermarktung von nicht mehr gebrauchten Schulgrundstücken?

Gerade einmal 2 Jahre ist es her, seit vom CDU-Obmann Grziwa zum Schulausschuss am 5.10.2012 angefragt wurde, ob nicht leerstehende Schulgebäude - wie z.B. in der Reichsstraße - „nicht mehr für ihre ursprüngliche Funktion gebraucht“ und „deshalb anderen Verwendungen offen stehen“ würden (Ratsdrucksache 1806/12).

Und zwei Jahre davor hatte man in der CDU auch keine Bedenken, als der Schulstandort Am Lehmanager an einen privaten Bildungsträger übergeben wurde (siehe Ratsdrucksache 13309/10).

Die BIBS-Fraktion plädiert für einen ergebnisoffenen Prüfauftrag zur Einrichtung einer 6. IGS, der die Bedingungen, Möglichkeiten und Konsequenzen nüchtern darstellt.

Roselies kein Mädchenname

Am 22. und 23. August 1914 beginnen Braunschweigische Regimenter schwere Kriegsverbrechen im Ort Roselies im neutralen Belgien gegen die Zivilbevölkerung.

Nicht einmal der Pfarrer des Ortes, Joseph Pollart, wurde verschont: Am 23.8.1914 wurde er an die Wand gestellt und kurzerhand erschossen.

Das haben die Menschen bis heute nicht vergessen - dessen wurde in und um Roselies vor gut einem Monat durch zahlreiche Gedenkveranstal-

tungen gedacht. Ein öffentlich-rechtliches Nachrichtenportal Belgiens, Flanderninfo.be, berichtet am 24.8. über den Besuch aus Braunschweig. Seither wird in Braunschweig umgedacht: Oberbürgermeister Markurth bot eine Erinnerungspartnerschaft zwischen Roselies und Braunschweig an.

Eine Erinnerungsstätte für die Opfer soll nun den bisherigen „Ehrenhain“ der Täter ersetzen.

Lesen Sie mehr auf Seiten 4 und 5



Ministerium meldet: „Endlager Konrad“ nicht absehbar

Falsche Angaben im Bauantrag von Eckert & Ziegler

Im Bauantrag für eine große Halle zur Aufarbeitung von Atommüll hatte Eckert & Ziegler angegeben, der in Thune bearbeitete Atommüll werde in das atomare Endlager Schacht Konrad gebracht, „welches als Endlager ab 2014 zur Verfügung steht“. (Bauantrag vom 22.11.2011) Diese Angaben waren falsch. Demgegenüber stellt das Umweltministerium klar: „Ein Endlager steht jedoch noch nicht zur Verfügung“. Auch ein genannter Termin

2022 „ist allerdings nicht belastbar und mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, die nicht näher quantifizierbar sind. Daher kann derzeit kein neuer Fertigstellungstermin angegeben werden“. (Infobrief 1/Sept. 2014 des Nds. Umweltministeriums)

Auf Initiative der BIBS-Fraktion soll nun der Bauantrag von Eckert & Ziegler wegen falscher Angaben und fehlendem Entsorgungsnachweis zurückgewiesen werden.

Atom Müll-Alarm

Tatorte in der Region Braunschweig

Seit die Bundesregierung Mitte der 60er Jahre gegen heftige Proteste die Lagerung von Atom Müll in ASSE II durchsetzte, leben wir in der Region Braunschweig mit der Auseinandersetzung um Atom Müll. Und sie wird – mindestens – noch Jahrzehnte dauern.

Als 1978 die Einlagerung in ASSE II gestoppt wurde, war das Scheitern des Projektes schon offensichtlich, zugegeben wurde es aber erst 30 Jahre später auf massiven öffentlichen

Druck. Weitere Jahrzehnte will sich die Bundesregierung Zeit lassen und mit der Räumung erst 2033 beginnen. Das klingt wie ein Todesurteil, denn niemand kann ernsthaft vertrauen, dass das Bergwerk solange steht. In der Theodor-Heuss-Straße in Braunschweig saßen die wissenschaftlichen „Täter“ der ASSE II. Statt selbstkritischer Rückbesinnung wird uns hier und heute wieder erklärt, wie das in Zukunft mit der Endlagerung funktionieren soll. 1975 kam Schacht KONRAD dazu, sollte 1988 als „Endlager“

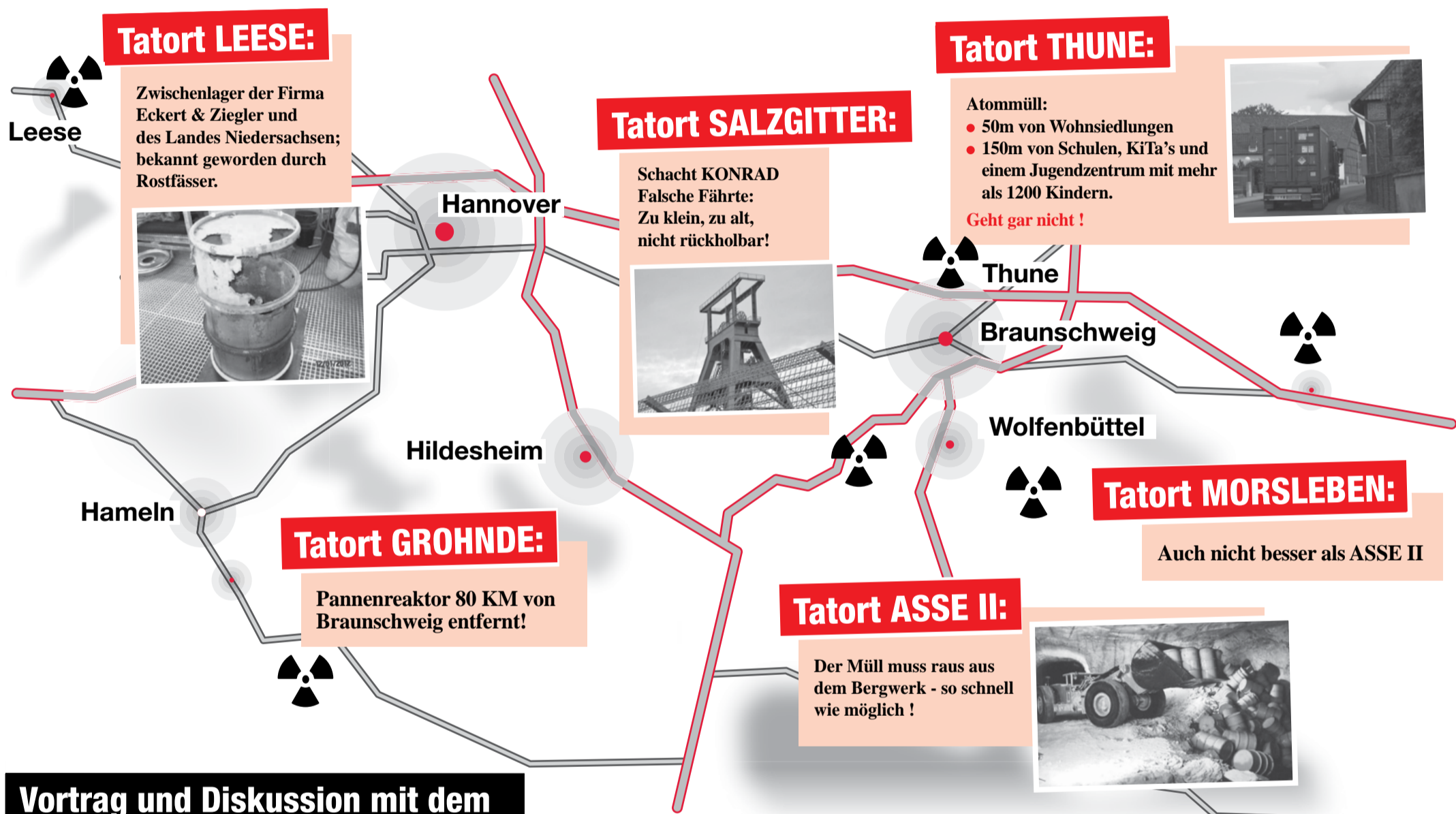
in Betrieb gehen. Davon kann bis heute keine Rede sein und sollte es je der Fall sein, würde hier nach dem in ASSE II desaströs gescheiterten Konzept (vergraben und vergessen) die nächste Altlast vorbereitet. Mit der Grenzöffnung fiel 1990 der Blick auf Morsleben, wo die DDR eine asse-gleiches Lager betrieben hatte, das die BRD einfach weiter nutzte. Ein Sicherheitsnachweis konnte bis heute nicht erbracht werden. 2009 machte die Fa. Eckert & Ziegler mit Börsenfantasien über ihre Beteiligung

am AKW-Abriss-Geschäft auf sich aufmerksam. Sie hatte sich im Buchler-Komplex in Braunschweig-Thune eingekauft und will von hohen Strahlengenehmigungen im Wohngebiet profitieren.

Mit dem von der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD angeregt und gemeinsam mit BUND, IPPNW, ROBIN WOOD, der BI Lüchow-Dannenberg und vielen Akteuren im ganzen Land getragenen Atom Müll-Alarm zeigen wir die akuten Probleme an den Tatorten, nennen Verantwortliche und Profiteure. Statt von einem Sehnsuchtsort irgendwo zu träumen, der irgendwann einmal alle radioaktiven Probleme löst, wollen wir die Auseinandersetzung um die Strahlenbelastung hier und heute führen. Vertrauen entsteht nicht durch Versprechungen, sondern durch nachprüfbares Handeln. ■

Weitere Tatorte in Braunschweig:

- **Theodor-Heuss-Straße 4:** Endlagerforschungszentrum der GRS. Als Institut des ASSE-Betreibers GSF gegründet, saßen hier die wissenschaftlichen Täter.
- **Frankfurter Straße:** Jahrzehnte wurde der Grund des alten Buchlergeländes in der Braunschweiger Innenstadt saniert. Jetzt stehen dort Stadtviellen und Büros.
- **Milleniumberg:** Hierhin wurde Bodenaushub vom alten Buchlergelände verbracht.



Vortrag und Diskussion mit dem Jülicher Whistleblower Dr. Rainer Moormann

über den Geist der 70er-Jahre am Beispiel ASSE II und der „Forschung“ in Jülich und Karlsruhe, die akuten Pläne hochaktiven Müll zu exportieren und einen verstrahlten Reaktor einfach umzulegen. Do., 30.10.14, 19.00 Uhr, Hörsaal PK 11.1 im Haus der Wissenschaft Braunschweig, Pockelsstraße 11, Braunschweig

Atom Müllreport Bestandsaufnahme Atom Müll

2013 legten Initiativen und Verbände eine 272-seitige Bestandsaufnahme Atom Müll vor, in der erstmals detailliert aufgelistet ist, an welchen Orten in Deutschland welcher Atom Müll liegt und wie damit umgegangen wird. Unter www.atommuellreport.de gibt es die Bestandsaufnahme jetzt auch als online-Datenbank. Das Projekt soll als unabhängige Einrichtung langfristig fortgesetzt werden.

„Wir verweisen damit auf die akuten Probleme an den Orten, wo der Atom Müll liegt und aufgelistet ist, an welchen Orten in Deutschland welcher Atom Müll liegt und wollen das Wissen und die Erfahrung der letzten Jahrzehnte generationsübergreifend sichern“, sagt die Politikwissenschaftlerin Ursula Schönberger aus Salzgitter, die das Projekt leitet. Eine vergleichbare Übersicht der Bundesregierung gibt es bis jetzt nicht, sie ist allerdings durch eine EU-Richtlinie verpflichtet, sie bis 2015 zu erstellen. ■

Mitmachen beim Atom Müll-Alarm

Online unterschreiben und viele weitere Möglichkeiten zum Mitmachen auf www.atommuellalarm.info. Bundesweiter Aktionstag am Samstag, dem 15. November, um deutlich zu machen, dass hinter den vielen örtlichen Atom Müll-Problemen ein gemeinsames Anliegen steckt. Jeden Freitag, 18:00 - 20:00 Uhr finden regelmäßige Treffen für Aktivitäten in und um Braun-

schweig im Umweltzentrum, Ferdinandstr. 7, 38118 Braunschweig statt. ■

Sorry, Kids mehr haben wir nicht geschafft

Wenn man ein Atomkraftwerk abschaltet, heißt das nur, dass man keine neuen Atomkernspaltungen mehr anregt. Den Zerfall radioaktiver Stoffe aus vergangenen Kernspaltungen kann man nicht stoppen, sondern

muss ihn abwarten und sich vor den davon ausgehenden Gefahren schützen. In Deutschland haben wir in jahrzehntelangem Kampf erst den Ausbau der Atomenergie gestoppt, alternative Entwicklungen angeregt und schließlich wurde der Ausstieg auf den Weg gebracht. Aber, sorry, Kids, der Müll bleibt Euch trotzdem. Gefährlich noch für tausende (!) Generationen, wird er zumindest noch Jahrzehnte dort bleiben, wo er jetzt liegt. ■



JETZT online!

www.atommuellreport.de



JETZT Spenden:

Anders als die Stadt Salzgitter hat der Rat der Stadt Braunschweig schon zweimal abgelehnt, die fachwissenschaftliche Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD zu fördern. Um die online-Datenbank www.atommuellreport.de langfristig weiter entwickeln zu können, sind wir dringend auf Spenden (steuerlich absetzbar) angewiesen.

Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE7 6430 6096 7406 788 3600 | Verwendungszweck: Atom Müll-Alarm oder Atom Müllreport

Anlass zu tiefer Besorgnis:

„Europäische Bürgerinitiative“ gegen das Freihandelsabkommen TTIP wird von der EU-Kommission nicht anerkannt

Gegen das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA, TTIP (sowie das demnächst in Kraft tretende CETA-Abkommen mit Kanada) formiert sich seit längerem ein tiefgreifender Widerstand.

Über 230 Gruppen aus der ganzen EU wollen sich zu einer „Europäischen Bürgerinitiative“ zusammenschließen, die eine Anhörung vor dem Europäischen Parlament erzwingen kann. Sie kann weiterhin die Kommission auffordern, die Verhandlungen abzubrechen.

Die Bedenken der TTIP-Gegner richten sich gegen ein Klagerecht US-amerikanischer Konzerne gegen staatliche Gesetze und Standards z.B. beim Umwelt- und Verbraucherschutz.

Aber auch die tariflich vereinbarten Löhne der Arbeitnehmer sind den Investoren ein Dorn im Auge. In

Europa stört sie auch die staatliche Subventionierung der Kunst, z.B. der Theater und Museen. Oder die Buchpreisbindung.

Natürlich treten sie für die Privatisierung öffentlichen Eigentums ein und könnten auf diese Weise auch den Kommunen ihren Willen aufzwingen. Ihre Aktivitäten bedeuten eine Aushöhlung der Demokratie durch eine eigene Schiedsgerichtsbarkeit.

Es gibt nahezu keinen Lebensbereich, der von diesem Abkommen unberührt bleibt. Der geplanten Initiative gehören in Deutschland u.a. Attac, Campact, der NABU, der Deutsche Kulturrat und die GEW an.

Eine „Europäische Bürgerinitiative“ muss, wenn sie formal registriert werden will, mindestens eine Million Stimmen sammeln, wobei sie in sieben Ländern ein bestimmtes Quorum

erfüllen muss. Die scheidende Europäische Kommission hat nun schon im Vorfeld, noch ehe die Stimmensammlung begonnen hat, diesem Bündnis die Anerkennung als „Europäische Bürgerinitiative“ verweigert. Es erfüllt bestimmte formale Auflagen nicht.

Die TTIP-Gegner bewerten dies als erneuten Versuch der Kommission, Bevölkerung und Parlamente aus den weitgehend geheim geführten Verhandlungen herauszuhalten und sammelten bis Mitte Oktober bereits 750.000 Unterschriften - auch gegen das Votum der EU-Kommission.

Für die europäischen Bürger zeigt die Entscheidung der Kommission erneut die undemokratische, von rein kapitalistischen Interessen gesteuerte Haltung der EU-Spitze. Sie gibt Anlass zu äußerstem Misstrauen. I.G.



Zumutbares Risiko?

von Henning Jenzen

Die Stadt Braunschweig gibt ein Gutachten beim Ökoinstitut e.V. in Auftrag mit dem sperrigen Titel „Restrisiko beim Umgang mit radioaktiven Stoffen durch die Gewerbegebiete im Bereich des geplanten Bebauungsplanes Gieselweg/Harxbüttler Straße“.

Nicht eine politische Partei oder Bürgerinitiative, sondern die Stadt BS selbst möchte das sog. Restrisiko bewertet wissen. Neben den Fragen zur Klärung des Strahlungsrisikos für die Wohnbevölkerung, erhöhtem Krebsrisiko, etc. beschäftigt sich das Gutachten unter Punkt 2.2.4. mit dem Risiko

Fazit: Der Flughafen Braunschweig Wolfsburg stellt ein besonderes Risiko im Hinblick auf einen Flugzeugabsturz auf Gebäude der Gewerbegebiete am Standort Braunschweig Thune und Freisetzung von radioaktiven Stoffen dar.

durch Flugzeugabstürze. In den Absätzen vorher wird explizit auf die Forschungsflüge des DLR eingegangen und die zur Forschung notwendigen tiefen Überflüge (Pressemitteilung des DLR vom 10.6.2014). Wir erinnern uns - die Forschungsflüge für die Hochauftriebsforschung waren die Begründung für den Ausbau des Flughafens.

Jetzt mag man mir entgegen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ausgerechnet ein Forschungsflugzeug bei den wenigen Flügen des DLR auf das Gelände von Eckert & Ziegler fällt, sehr gering sei. Das mag so sein.

Dazu ein paar Zahlen:

In Deutschland passieren jedes Jahr ca. 1300 Flugunfälle und Betriebsstörungen beim Flugbetrieb, zwischen 3 bis 4 pro Tag also.

Der letzte Unfall hier in Braunschweig am 29.7.2014. In Braunschweig finden im Jahr ca. 36000 Flugbewegungen statt, die Überflughöhen über Eckert & Ziegler betragen wenige hundert Meter, sowohl für Start als auch zur

Landung. Sämtliche An- und Abflugstrecken führen über bewohntes Gebiet. Nicht nur die Forschungsflüge stellen also statistisch ein Risiko dar, sondern der ganz normale Flugbetrieb an sich, mit etwa 15-20% mehr Flugbewegungen seit dem Ausbau, ist das Risiko. In Berlin beispielsweise hat man das Abflugroutensystem geändert, damit ein Forschungsreaktor nicht mehr überflogen wird.

In Braunschweig hat nicht nur die Erweiterung des Flughafens in Wohnbaunähe stattgefunden (mit all den ohnehin schon negativen Folgen durch Lärm- und Schadstoffemissionen), sondern die Abwägung zwischen zwei Risikostandorten ist zu Lasten der hier wohnenden Menschen getroffen worden.

Wird jetzt noch der Erweiterung des Risikostandortes in Thune zugestimmt, trägt das nicht zur Beruhigung der Menschen bei. Die Fakten liegen auf dem Tisch, jeder mag selbst entscheiden, was daraus für Konsequenzen zu ziehen sind.

Stichworte zum Risiko-Gutachten

Obwohl die Stadt Braunschweig extra ein Risiko-Gutachten beauftragt hat, damit sie einen rechtssicheren Beweis für die Gefährdungen/Störfallpotentiale hat, die vom Industriegelände an der Harxbüttler Straße ausgehen, nutzt sie es nicht.

- Im Ergebnis will die Stadt Braunschweig das Risiko-Gutachten ausschließlich für die Rechtssicherheit zukünftiger Festsetzungen im neuen Bebauungsplan nutzen (Ausschluss von Betrieben nach StrSchV und nach Störfallverordnung)
- Die Ergebnisse des Gutachtens werden von der Stadt Braunschweig nicht ernst genommen. Zum Beispiel: „Es

existiert ein höheres Risiko für die Anwohner in Braunschweig-Thune als für die Anwohner an einem Atomkraftwerk“

- Die Stadt Braunschweig will keine Schutzmaßnahmen aus dem Risiko-Gutachten zur Behebung des aktuell erkannten Risikos ableiten und im neuen Bebauungsplan einbringen.
- Schutz der 50 m entfernten Wohnbebauung und 150 m entfernten Schulen, Kindergärten, Jugendzentrum (über 1200 Kinder)
- Schutz vor radioaktiven Transporten, die bei ihrer Durchfahrt in Braunschweig wie Castoren strahlen dürfen
- In dem qualitativen Gutachten der Entsorgungskommission des Bundes

zum Standort Braunschweig-Thune wird ein neuer Stresstest empfohlen, weil weder die Medizin, noch die Transporte, chemischen Inventare oder gar der Forschungsflughafen im Stresstest der ESK berücksichtigt wurden. Das von der Stadt beauftragte Risiko-Gutachten bestätigt, dass das Risiko am Standort Braunschweig-Thune als qualitativ höher anzunehmen ist, als bereits in dem ESK Gutachten beschrieben. Bereits jetzt dürfte in einem Umkreis von 350 m (Evakuierungsradius) keine Wohnbebauung sein. Die Stadt Braunschweig muss für die Sicherheit ihrer Bürger sorgen und diese Ergebnisse konsequent nutzen. Peter Meyer, BISS

Noch nichts entschieden im Kanzlerfeld!

Neubau eines Supermarktes im Kanzlerfeld noch im Bauleit-Verfahren

Im Neubauvorhaben eines umstrittenen Supermarktes für den Edeka Händler Otto Görge ist noch nichts entschieden. Der Planungs- und Umweltausschuss wie auch der Verwaltungsausschuss entschieden zwar - wie nicht anders zu erwarten - im Juli 2014, den von einem externen Büro im Namen des Investors des Gebäudes ausgearbeiteten Bebauungsplan auszulegen und so der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Aber die Auseinandersetzung

Projektes und wegen der über den gesetzlich erlaubten Grenzen liegenden Lärm-, Geruchs- und Licht-Immissionen.

Nicht zuletzt auch wegen der vollkommen ungelösten Situation im bestehenden Einkaufszentrum, welches nach einem Fortzug des bestehenden Supermarktes gänzlich seiner Anziehung beraubt sein wird.

Auch die Verkehrssituation gibt vielen Kanzlerfeldern zu denken. So sind es beileibe nicht nur die direkten Anwoh-



mit den Unterlagen hat gezeigt, dass in einzelnen Bereichen gegen geltendes Recht verstoßen würde und auch sonst der Bürgerwille eher als nachrangig angesehen wird.

Erinnerung: Man plant, eine monströse 7,60 m (zzgl. Solaranlagen) hohe Halle inmitten eines reinen Wohngebietes zu bauen. Reine Wohngebiete unterliegen normalerweise den strengsten Anforderungen an Ruhe und Schutz. Diese Regeln scheinen im Kanzlerfeld nicht zu gelten. Die Lärmschutzgutachten attestieren dem Vorhaben zu hohe Belastungen für die direkten Anwohner. Normalerweise ein No-Go. Doch in diesem Projekt wird alles kleingeredet. Die Probleme, das Objekt, die Kosten für die Allgemeinheit. Überhaupt liest sich die Verwaltungsvorlage wie eine Verkaufsbroschüre und nicht wie ein neutrales Papier für alle Betroffenen. Alles wird weichgezeichnet und die Bewohner des gesamten Quartiers für dumm verkauft.

Nun hatten die Bürger in den Sommerferien die Möglichkeit, ihre Einwendungen in Stellungnahmen an die Verwaltung einzureichen. Von dieser - einzigen - Möglichkeit des Bürgers, Einfluss auf das Projekt zu nehmen, machten dann auch zahlreiche Einwohner des Kanzlerfeldes und auch anderer Stadtviertel Gebrauch. Entgegen anders lautender Aussagen sind nämlich viele Anwohner des Kanzlerfeldes verunsichert und besorgt; einige gar verärgert. 1283 KanzlerfelderInnen sind gegen den Neubau. Das sind 76% aller Kanzlerfelder Haushalte, und das obwohl gar nicht alle Haushalte befragt wurden. Warum die Einwohner protestieren? Einerseits wegen des unnötigen Verlustes der Grünfläche im Herzen des Viertels, andererseits wegen der unerträglichen Größe und Höhe des

ner die dem Vorhaben negativ gegenüber stehen.

Das ganze Vorgehen, welches bislang von Verwaltung, Politik und Investor an den Tag gelegt wurde, war - so kritisiert der Löwenanteil der Bewohner des Kanzlerfeldes - nicht durch Transparenz und Bürgernähe geprägt. Es wird sogar offen davon gesprochen, dass „Deals“ zwischen Verwaltung und Investor gemacht werden. Diese will man aber nicht in Gänze offenlegen. Deswegen hat sich reger Widerstand gebildet, der seine Kritik sowohl auf der Sachebene wie auch auf der Ebene der Kommunikationspolitik zur Sprache bringt. Zudem ist die Prämisse, die dem ganzen Vorhaben zugrunde liegt nicht richtig. Die Nahversorgung des Kanzlerfeldes sei gefährdet. Diese Gefährdung geht jedoch nur von dem jetzigen Betreiber „Görge“ aus. Dieser droht mit der Schließung der rege besuchten Filiale für den Fall, dass der Neubau nicht kommen sollte. Doch ist der Fortgang aus dem finanzstarken Kanzlerfeld unwahrscheinlich, zudem haben auch andere Betreiber Interesse am Altstandort signalisiert.

Nun hat die Verwaltung die vertrauensvolle Aufgabe, sich jeder einzelnen Einwendung zu stellen und eine Antwort darauf zu suchen. Dann wird die Stadtplanung entscheiden, ob die Änderungen so gravierend sind, dass überplant werden muss, oder ob der Bebauungsplan erneut den politischen Gremien und dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Erst wenn der Rat den Bebauungsplan genehmigen sollte, kann eine Baugenehmigung erteilt werden. Die Bürger sind gespannt und sie sind hellwach. Noch ist also nichts entschieden im Kanzlerfeld!

Katrin Thies für die BI „stadtteil mittelpunkt kanzlerfeld“



Fracking Gefahrlose Förderung von Erdöl und -gas?

Am Dienstagabend, den 23.09.2014 ereignete sich bei Geeste im Emsland ein Unfall an einer Erdölbohrung. Es kam bei Wartungsarbeiten aus bisher noch ungeklärter Ursache zu einer Explosion, woraufhin das Bohrloch in Brand geriet. Vier Menschen wurden schwer verletzt. Erst in

den Morgenstunden konnte das Feuer unter Kontrolle gebracht werden. Dieser Unfall zeigt einmal mehr auf traurige Art und Weise, dass es keine beherrschbaren Risiken gibt, weder auf riesigen Bohrplattformen in den Meeren, noch auf den Bohrstellen an Land. AK-fracking



Karl Eckhardt aus Braunschweig recherchierte und veröffentlichte dazu auf www.braunschweigspiegel.de, hier einige Auszüge:

„Für die Einheit des an vielen Fronten kriegführenden Deutschen Reichs waren Priestermorde und Reliquienschändungen (über die gesondert zu berichten wäre)

Kriegsschuld um Roselies im Jahre 1914: Priester als Geiseln genommen und 47 exekutiert

nicht ungefährlich. Wenn im Reich allgemein bekannt würde, wie die meist aus dem protestantischen Norden kommenden deutschen Militärs mit der katholischen Kirche bei der Eroberung und der Besetzung des neutralen Belgiens verfuhr, mussten Verwerfungen zwischen dem protestantisch geprägten Norden und dem katholisch geprägten Süden befürchtet werden. So gab es Bemühungen, die Angriffe gegen die katholische Kirche in Bel-

gien zu unterbinden.

Als eine Voraussetzung wurde in diesem Zusammenhang ein vertraulicher Report verfasst, für den der deutsche General-Gouverneur in Belgien, von Bissing, verantwortlich zeichnete (siehe Dok. auch beim Bundeszentrum für Politische Bildung).

Demnach waren allein im Bistum Namur 26 Priester in den ersten Monaten des Kriegs hingerichtet worden.“

Historisches Dokument von 1915 der deutschen Besatzung.

Der General-Gouverneur in Belgien Brüssel, den 28. Februar 1915 Sektion Iib Nr. 3841 Urschriftlich mit Anlagen dem Generalquartiersmeister West zurückgereicht.

Die für den Bereich des Generalgouvernements abgeschlossenen Ermittlungen haben folgendes ergeben:

1. Im Bistum Namur sind 26 Priester getötet worden, 25 erschossen, 1 gehängt.

3. Im Bistum Mecheln sind 13 Priester erschossen.

Die bischöflichen Behörden behaupten, daß alle unschuldig getötet seien. Auskunft über die Gründe der Erschießungen würden nur die beteiligten Truppen geben können, welche indessen bis jetzt nicht ermittelt sind. Bezüglich des Berichts der Königlichen Preußischen Gesandtschaft in Rom ist folgendes festzustellen:

1. Bei der Zerstörung Löwens flüchtete ein großer Teil der Bevölkerung, darunter auch ein Trupp von mindestens 70 Geistlichen, nach Brüssel zu. Bei Tervueren wurden die Geistlichen von deutschen Truppen festgehalten, mußten dann nach Brüssel marschieren und sollten auf dem Weitermarsch der Truppen durch die einzelnen Dörfer als Geiseln dienen. Auf Verwendung des päpstlichen Nuntius beim Gouverneur v. Lüttwitz wurden die Geistlichen jedoch freigelassen. Ob Spanier und Amerikaner darunter waren, ist nicht festgestellt. Nur der Jesuitennovize Dupierreux wurde in der Nähe von Tervueren erschossen, weil er verdächtige Notizen über die Vorgänge in Löwen bei sich trug.

2. Die Pfarrer von Vueken und Gelrode sind erschossen.

3. Der Parrer von Schaffen hat am 25. Januar erklärt, er selber habe niemandem von auswärts irgendwelche Mitteilungen über seine persönlichen Erlebnisse im August gemacht. Zur Sache erzählt der Pfarrer, welcher einen vertrauenswürdigen

Eindruck macht: Am 18. August seien die ersten deutschen Truppen eingezogen. Am selben Morgen sei eine Radfahrerpatrouille der in Diest im Standort liegenden Karabiniers in den Ort gekommen, und diese habe die deutschen Spitzenreiter niedergeschossen. Beim Einrücken deutscher Abteilungen sei die Patrouille schleunigst abgefahren. Die Deutschen hätten ihre toten Kameraden gefunden, sie seien des Glaubens gewesen, diese seien von der Dorfbewölkerung erschossen worden, und hätten daraufhin, wohl zweifellos in guten Glauben, an dem Dorf ein Strafgericht vollzogen.

Ihn selbst, den Pfarrer, hätten sie in seinem Garten gefunden und ihm vorgeworfen, es sei vom Kirchturm aus geschossen worden. Er habe sogleich erklärt, das sei unmöglich, denn die Kirche sei – gegen die sonstige Gewohnheit – von ihm selbst wegen der Unruhe der Zeit abgeschlossen worden; man möge sich davon überzeugen. Trotzdem habe man ihn festgenommen und von morgens neun bis abends sieben Uhr festgehalten. Dabei sei er von den deutschen Soldaten recht erheblich mißhandelt worden. Man habe ihn mit vielen anderen, nachdem das Dorf in Flammen gesetzt worden sei, auf eine benachbarte Höhe geführt und dort gezwungen, das Schauspiel des niederbrennenden Dorfes mit anzusehen. In dem Dorfe selbst hätten die Soldaten alles in Brand gesteckt und 23 Per-

sonen, darunter auch einige Frauen, erschossen. Abends um 7 Uhr habe dann der Führer der deutschen Truppen – deren Regimentsnummer er nicht kenne – ihn freigelassen mit den Worten: „Sie sind ein braver Mann!“ Er sei dann fortgegangen, und dabei sei er von den deutschen Kanonieren mit ihren Kantschus durchgeprügelt worden. Als er einige Schritte von den Truppen entfernt gewesen sei, hätten ihm Schüsse um die Ohren gepfiffen; daraufhin sei er ohnmächtig geworden, nicht aber habe er sich selbst zum Schein hingeworfen und könne das auch niemandem erzählt haben. Er verzeihe aber seinen Peinigern, da er den Eindruck habe, daß sie unter dem Zwang eines verhängnisvollen Irrtums gehandelt hätten.

Der Pfarrer von Spontin ist nach eidlichen belgischen Zeugnisaussagen sehr übel behandelt worden. Er wurde aus dem Pfarrhause nach einer Wiese beim Bahnhof weggeführt. Unterwegs erhielt er einen Kolbenstoß unter das Kinn, so daß er aus dem Munde blutete, dann drei Bajonettstiche in den Hals. Dann wurde er an Ort und Stelle an Händen und Füßen gebunden, an den Haaren in die Höhe gehoben und schließlich erschossen.

Der Generalgouverneur: **Freiherr von Bissing**

Aus: Ernst Johann, Innenansicht eines Krieges. Deutsche Dokumente 1914–1918, S. 104-106



Roselies-Interview

(Das Interview führte die Redakteurin von Flanderninfo.be Uta Neumann)

Während die Welt den 100. Jahrestag des Ausbruchs des I. Weltkriegs gedenkt, wird sich die Stadt Braunschweig Dank der Informationskampagne einer Bürgerinitiative eines schwarzen Kapitels seiner Geschichte bewusst.

Das Braunschweiger Husaren-Regiment 92 zerstörte am 22. und 23. August 1914 beim Durchmarsch durch Belgien gen Frankreich die Ortschaft Roselies und ging besonders brutal dabei vor. Der Deutsche Peter Rosenbaum, Ratsherr der Stadt Braunschweig und Mitbegründer der Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS), hat am vergangenen Freitag und Samstag auf eigene Initiative hin an den Gedenkfeiern in Aiseau-Presles, dem Ort, zu dem Roselies gehört, teilgenommen. „Meine Frau und ich waren von den Gedenkfeiern sehr be-

troffen, als Deutsche auch beschämt“, schreibt Rosenbaum nach den Gedenkfeiern in einem E-Mailinterview.

Flanderninfo.be: Herr Rosenbaum, Sie sind aus Braunschweig auf eigene Initiative hin und privat zu den Gedenkfeiern nach Aiseau-Presles, dem Ort, zu dem Roselies gehört, gefahren. Diese Ortschaft wurde im August 1914 vom deutschen Husaren-Regiment 92 aus Braunschweig fast völlig zerstört. Hat denn kein Vertreter der Stadt Braunschweig ein Interesse gezeigt, offiziell an den Gedenkfeiern teilzunehmen?

Peter Rosenbaum: Die Bedeutung des Namens Roselies war wohl niemandem in Braunschweig bewusst und spätestens nach 1945 offensichtlich verdrängt. Jetzt ist Roselies ein Thema, nachdem wir als Bürgerinitiative am 15. Juli 2014 in der Rats-

versammlung nachgefragt und durch Verteilung von 8.000 Flugblättern im betreffenden Braunschweiger Roselies-Wohnquartier die Bevölkerung informiert haben.

Nun gibt es Aufarbeitungen zum 1. Weltkrieg vor hundert Jahren, da bedarf es weiterer Aufklärungsarbeit, auch von offizieller Seite.

Frage: Wie haben Sie als Deutscher aus Braunschweig die Gedenkfeiern erlebt?

Antwort: Meine Frau und ich waren von den Gedenkfeiern sehr betroffen, als Deutsche auch beschämt. Vor

allem hat uns am Freitag Abend der lange Marsch der Einwohner durch Tamines (in Erinnerung des letzten Gangs ihrer ermordeten Vorfahren vor hundert Jahren) zum Place St.Martine tief berührt.

Frage: Was hatte Sie dazu bewegt, die Bürgerinitiative BIBS zu gründen und die Geschichte hinter „Roselies“ in der Bevölkerung bekannter werden zu lassen?

Antwort: Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist ein wesentlicher Bestandteil von Bürgerinitiativ-Arbeit in Braunschweig. Es muss Schluss sein mit der Verklärung eigener Schuld. Nur so kann echte Verbundenheit entstehen. Der gemeinsam verwendete Name ist da Verpflichtung und Chance zugleich.

Frage: Braunschweigs Oberbürgermeister Ulrich Markurth (SPD) hat inzwischen ein offizielles Schreiben an den Generaldirektor der Gemeinde Aiseau-Presles, zu der Roselies gehört, gesandt. In dem regt der niedersächsische Bürgermeister aufgrund der neuesten Erkenntnisse zu den damaligen Ereignissen eine „Art Erinnerungspartnerschaft“ mit Aiseau-

Presles an. Reicht das als Erinnerung aus?

Antwort: Ich hoffe, der Brief aus Braunschweig ist noch rechtzeitig zum 22. August in Aiseau Presles und Roselies eingetroffen? Erinnerung geht nur mit Aufklärung über die eigene Rolle und die eigene Schuld. Für mich wäre ein Eingeständnis der Kriegsverbrechen von vor hundert Jahren ein Anfang.

Frage: Warum dauerte es überhaupt so lange, bis Braunschweig seine Vergangenheit in Bezug auf die Ereignisse in Roselies im August 1914 begann, aufzuarbeiten?

Antwort: Das fragten wir uns auch. Wir sind nun mit Nachdruck dabei, darauf die Antworten zu finden.

Frage: Welche Gefühle, Erinnerungen und Erfahrungen nehmen Sie von Roselies jetzt mit nach Braunschweig zurück?

Antwort: Vor Ort überwogen Gefühle der Scham und der Betroffenheit. Jetzt, hier in Braunschweig, wächst der Wunsch, durch Anteilnahme an den Ereignissen zu einer Verbundenheit zu kommen, die sich im Namen Roselies ausdrücken möge.



Fackelzug in Tamines am 22. August 2014



Nichts gewusst? Viel zu lange verbeugte sich die Rathauspolitik



Quelle: Homepage der Traditionsgemeinschaft

„Gedenkveranstaltung Volkstrauertag 2012 im Ehrenhain der Braunschweiger Traditionsverbände am 18. Nov. 2012“

Warum schickte die Stadt alle drei stellvertretenden Bürgermeisterinnen?

Die Bedeutung des Namens „Roselies“ war im Rathaus nicht bekannt, so die Antwort der Verwaltung auf eine BIBS-Anfrage im Rat am 15.7.2014.

Auch wisse man nichts über irgendwelche Kontakte zur belgischen Stadt Roselies, die vor 100 Jahren (im August 1914) - quasi als Startschuss zum Ersten Weltkrieg - vom Braunschweiger (Totenkopf)Infanterieregiment 92 heimgesucht worden ist.

Umso mehr wusste man allerdings vom Ehrenhain für die Militär-Tradition, wie eine Akteneinsicht belegt.

Da hatte sich Ende 2010 die CDU-Fraktion im Stadtbezirk 213 mit der Bitte um Unterstützung für eine „angemessene Standortfindung“

der „Ehrensteine zu einem Ehrenhain“ an Dez. VII, Herrn Stegemann, gewandt: „Alle (Traditionsgemeinschaften der Bundeswehr, der Ortsheimatpfleger und die Bürgergemeinschaft) haben sich viel Mühe gemacht, einen würdigen Platz für den Ehrenhain zu finden.“

Wir haben uns auf einen Platz, der direkt an der Roseliesstraße liegt und somit einen Bezug zur Militärischen Tradition hat, geeinigt. Es gibt dort einen alten Baumbestand, der die Steine einrahmen kann. Er liegt auch gegenüber der Martin Chemnitz Kirche, in der unser Ortsheimatpfleger, Pastor Jünke, wirkt und somit den Bereich täglich im Blickfeld hat. Er liegt direkt links

(von der Roseliesstr. kommend) neben der Freifläche, die für eine spätere Kita freigehalten werden muss. Warum möchte die Verwaltung den Ehrenhain im Wohngebiet verstecken?“

(CDU-Fraktion im Stadtbez.rat 213, gez. Angelika Fietzke-Hollbach, OV-Vorsitzende)

Die Planungen zur öffentlichen Platzierung eines Ehrenhains im Roselies-Baugebiet datieren gemäß der Entwurfs-Akte des Fachbereiches Stadtgrün und Sport sogar schon auf den 27.Juli 2009 noch unter der Regentschaft von Hoffmann/Stegemann als sog. Geschäft der laufenden Verwaltung ohne jeglichen Ratsbeschluss.



Böses Erwachen um die „Roselies“-Kriegsverbrechen

Anwohner des B a u g e b i e t e s „Roselies-Süd“ sehen sich nun schon seit Februar 2014 mit einer Gedenkstätte „beglückt“, die von Husarenregiment und preußischer Traditionspflege über Deutsche Schutztruppe Deutsch-Südwest (Stichwort: Völkermord an den He-

ros im heutigen Namibia) bis zu Panzerverbänden der Wehrmacht im 2. Weltkrieg reicht - ohne Darstellung des damit verbundenen Militarismus, des Kolonialismus und - vor allem - der Gräueltaten des Faschismus. Seit dem vergangenen teuren Victoria-Luise-Jahr zu 1913/2013, gewidmet der Kaisertochter, die sich vor dem 1. Weltkrieg gern in Husaren-Uniform

mit Totenkopf-Emblem präsentierte (siehe „UNSER-BRAUNSCHWEIG“ Nr. 9), scheiden sich in Braunschweig die Geister in der geschichtlichen Aufarbeitung von Militarismus und Kriegsschuld.

Daher fällt es schwer, bei der hier neu errichteten, faktischen Weihstätte für Militarismus und Krieg an ein großes Missverständnis zu glauben.

Bezeichnung „Ehrenhain“ soll nicht mehr verwendet werden

OB Markurth: „Einen gemeinsamen Ort der Erinnerung gestalten“

Das Thema „Roselies“ beschäftigt den Rat erneut am 30.9.2014 auf Initiative der BIBS-Fraktion. Dabei konkretisierte Oberbürgermeister Markurth seinen Vorschlag einer Erinnerungspartnerschaft mit dem belgischen Ort Roselies: die Sensibilität der Verwaltung sei vorhanden; man werde „einen Gedenk-Ort kreieren, der das komplexe Geschehen abbildet“. Und - falls gewünscht - werde man das auch gemeinsam mit

den Erinnerungs-Partnern in Roselies tun. (Artikel dazu in der BZ vom 1.10.2014)

Auch im Bezirksrat Südstadt, Lindenberg, Rautheim, Mascherode war man sich über alle Parteigrenzen einig, dass ein „Ehrenhain“ gar nicht mehr in den Mund genommen werden möge, sondern nur noch über eine Gedenkstätte gesprochen werden soll; so hatte es Bezirksbürgermeister Meesse am 23.9.2014 angemahnt.

Nur in der CDU hegt man Zweifel über Roselies.

Uneinsichtig zeigte sich CDU-Rats Herr Täubert: das sei keine Angelegenheit des Bezirkrates, warum überhaupt Roselies, hier wären die besagten Regimenter niemals ansässig gewesen, der OB solle erst einmal seine Hausaufgaben machen, mal hieße es, der Name Roselies solle am Kindergarten weg, dann andererseits aber wolle man Roselies doch... P.R.



„Traditionspflege“ mit Ehrung von Kriegsverbrechen - zur Beachtung vorletzte Inschrift: Schutztruppe Deutsch-Südwest (Völkermord an den Hereros)

Braunschweigische Pickelhaube - für FÜRST - und kein Pardon

Das Braunschweiger Regiment 92 beging vor hundert Jahren schwere Kriegsverbrechen im Belgischen Roselies

„Mit Gott - für Fürst - und Vaterland“ ?

Die Kleinstadt Roselies und weitere Belgische Orte wurden niedergebrannt. Die Bewohner, die sich in ihren Häusern versteckten, wurden mit ihren Häusern verbrannt. Siehe

zu den Vorgängen in und um Roselies den Artikel von Karl Eckhardt auf Braunschweig-Spiegel: *Roselies und die Bedeutung des Namens.* Der Deutsche Kaiser und das Braunschweiger Herzogpaar Ernst-August und Victoria-Luise hatten ihren Elite-Regimentern, darunter dem Infanterieregiment 92, hartes Durchgreifen und kurzen Prozess mit der Zivilbevölkerung verordnet.

Landesmuseum - Mitleid für die Deutschen

Im Braunschweigischen Landesmuseum wird die Ausstellung „1914...SCHRECKLICH KRIEGERISCHE ZEITEN“ gezeigt. Darin werden die Besucher in nachgebaute deutsche Schützengräben geführt, in denen und aus denen heraus sie das Leid des Ersten Weltkrieges erfahren sollen.

Im August vor hundert Jahren wurde der Erste Weltkrieg von Deutschland mit dem militärischen Überfall auf das neutrale Belgien begonnen. Deutschland hatte seit 1905 mit dem so genannten Schlieffen-Plan, der die Überschrift „Angriffskrieg gegen Frankreich“ trug, den militärischen Angriff ohne Kriegserklärung auf das neutrale Belgien geplant.

Vor dem Hintergrund, dass ganz Europa nach deutschen Vorstellungen und unter deutscher Vorherrschaft neu geordnet werden sollte, sah dieser Plan folgenden Kriegsablauf vor: Innerhalb von vier Wochen sollte Frankreich zur Kapitulation gezwungen werden. Dazu wurde der Angriff durch Belgien und Luxemburg geplant. Für die notwendigen Truppentransporte waren in den Jahren vor 1914 viele strategische Bahnlinien gebaut worden, damit 1.6 Millionen Soldaten, 500.000 Pferde

sowie Ausrüstung und Verpflegung ins Feld geführt werden konnten. Nach einem erhofften schnellen Sieg innerhalb von wenigen Wochen an der Westfront sollte der schnellstmögliche Einsatz der Truppen gegen Russland an der Ostfront erfolgen.

Der von General Schlieffen ausgearbeitete Plan hatte mehrere sehr unrealistische Annahmen als Voraussetzung seiner erfolgreichen Umsetzung:

1. Die Belgier würden den Überfall auf ihr Land ohne Widerstand hinnehmen.
2. Russland würde länger als sechs Wochen für seine Mobilmachung benötigen - in dieser Zeit würden österreich-ungarische Truppen allein die Ostfront halten können.
3. England würde militärisch nicht an der Seite Frankreichs in den Krieg eintreten.
4. Frankreich würde militärisch zu schwach sein, um einen deutschen Angriff aufzuhalten.
5. Die deutschen Armeen würden Paris innerhalb weniger Wochen einnehmen können, wenn durch Belgien und Luxemburg mit Tagesmärschen von 40 km und mehr marschiert würde.

Diese Annahmen entpuppten sich als

Wunschträume größtenwahnsinniger deutscher Politiker und Militärs. Die Belgier wehrten sich gegen den völkerrechtswidrigen deutschen Überfall. Innerhalb der ersten Kriegswochen scheiterten die deutschen Armeen am massiven Widerstand der französischen Verteidiger und mussten sich in Schützengräben in Nordfrankreich eingraben. England kam gleich zu Kriegsbeginn Frankreich mit Truppen zu Hilfe und die österreichisch-ungarischen Armeen verloren die ersten Schlachten an der Ostfront.

Schlieffen-Plan gescheitert - Krieg verloren

Der deutsche Schlieffen-Plan war innerhalb der ersten zwei Kriegsmomente gescheitert. **Einen Plan B gab es nicht. Damit war der Erste Weltkrieg für Deutschland schon im September 1914 verloren.** Der oberste deutsche Befehlshaber von Moltke erlitt darüber einen Nervenzusammenbruch und wurde schon in den ersten Kriegswochen dienstunfähig. Trotz dieser Situation entwickelte die deutsche Regierung keine deeskalierenden Friedenspläne, sondern setzte das begonnene Schlachten jahrelang mit aller Aggressivität fort.

...weiter auf Seite



„Pardon wird nicht gegeben!“

Dafür stand der Totenkopf an ihren Pickelhauben.

Wenn Bürger nerven

Demokratie ist lästig und aufgeweckte Bürgerinnen und Bürger nerven. Kein Wunder, dass die Verwaltung der Stadt Braunschweig zum Gegenangriff bläst. Rückwärts-gewandte und konservativ Beharrende applaudieren. Aber ist es nicht an der Zeit, neue Wege im Miteinander zu suchen?

Desinformation

Desinformation ist das Mittel der ersten Wahl bei dem Versuch, die Bürgerinnen und Bürger zu verwirren. Die Folge sind Akteneinsichten durch die Vertreter der Bürgerinitiativen im Rat der Stadt Braunschweig, um

Tatsache: Die Sanierung wurde mit Kosten von ca. 130.000 Euro abgeschlossen.

Verwaltung: Die Beleuchtung des Gliesmaroder Schwimmbades kostet schätzungsweise 1.000 Euro pro Woche.

Tatsache: Die Beleuchtung kostet 100-150 Euro pro Woche.

Behauptete Ahnungslosigkeit

Desinformation setzt voraus, dass man sich mit einer Sache befasst hat, um sie danach tatsachenwidrig darstellen zu können. Behauptete Ahnungslosigkeit befreit jedoch von einer unmittelbaren

gehend abgeschlossen.

Kapitalinteressen gegen Bürgerwillen

Reichen Desinformation und behauptete Ahnungslosigkeit gegenüber nervenden Bürgerinnen und Bürgern nicht aus, werden kapital- und prestigegetriebene Interessen schlicht und einfach gegen den Bürgerwillen durchgesetzt. Entgegenstehende Tatsachen werden wissentlich zur Seite geschoben. Wer toleriert also eine Ausweitung von Atomaktivitäten in Wohngebieten? Wer baut einen Flughafen angeblich für die Forschung aus, obwohl laut ehemaligem Ministerprä-

bestehenden und beschränkten Infrastruktur (Straßen, Parkmöglichkeiten, Verkehrsverbindungen, Schulen). Stadtbaurat Leuer: „35 Fahrzeuge mehr pro Stunde sind zumutbar“.

Tatsache: An einem Spitzentag beträgt das Fahrzeugaufkommen in Waggum nach Unterlagen der Stadt bis zu 10 Fahrzeuge pro Minute. Selbst behänden Bürgerinnen und Bürgern dürfte es dabei kaum gelingen, die Straßenseite zu wechseln.

Verwaltung: Stadtbaurat Leuer: „Es entsteht (Anm.: in Waggum) ein attraktives Baugebiet inmitten von Natur und dörflichem Charme.“

Tatsache: Fluglärm, Straßelärm, zunehmendes Verkehrsaufkommen und dichte Neubebauung haben vom ehemals dörflichen Charme Waggums nichts mehr übrig gelassen.

in Waggum wird seit Dezember 2010 kontinuierlich gezählt. Die Daten stehen Interessenten zur Verfügung.

Zu viel Daten für einen USB-Stick

Tatsache: Trotz mehrfacher Bitten verweigert die Verwaltung die Herausgabe der Verkehrsdaten zur Analyse der bisher stets verschwiegenen Spitzenbelastungen (statt nichts sagender Durchschnittswerte). Eine der abenteuerlich anmutenden Begründungen: „Die Datenmenge ist zu groß“. Tatsächlich lassen sich die Daten jedoch auf einem USB-Stick bequem unterbringen.

Die Bürgerinnen und Bürger im Norden Braunschweigs befinden sich nicht nur wegen der ersatzlosen Unterbrechung der Grasseler Straße in der vom ehemaligen OB Dr. Hoffmann prognostizierten Hinterhoflage. Auch das Wählerpotential in diesem Hinterhof wird offenbar gering geschätzt. So behauptet die CDU, der Verkehr in Waggum und Umgebung würde „sich schon zurecht ruckeln“. Und die ganz Schlaunen in der CDU wollen die zunehmende Verkehrsmenge durch Straßenverengungen mit Bäumen „beruhigen“. Die Grünen meinen, die dortige Verkehrssituation sei „überschaubar“ und ihr Fraktionsvorsitzender rühmt sich, er könne sich „auf den regen Austausch und die gute Zusammenarbeit mit den kompetenten Mitstreiterinnen und Mitstreitern in den Flughafen-Initiativen ... stützen und verlassen.“ Dumm nur, dass sich niemand in Waggum daran erinnern kann. Diesbezügliche Nachfragen bei den Grünen blieben unbeantwortet. Offenbar wird vollkommen vergessen, dass der Norden Braunschweigs bei den letzten Landtagswahlen in ganz erheblichem Maße dazu beigetragen hat, dass heute kein Braunschweiger Vertreter der CDU mit Direktmandat mehr im Nds. Landtag sitzt.

Fazit

Die in derartige Vorgänge involvierten, hoch dotierten Angehörigen der Verwaltung erfüllen vielfach nicht die von den Bürgerinnen und Bürgern geforderten Aufgaben. Hinzu kommt ein Mangel an Liebeshuld und Entgegenkommen im Umgang mit der sie finanzierenden Bürgerschaft. Stattdessen klagt die Verwaltung über einen zunehmenden, aus Sicht der Bürgerschaft aber völlig unnötigen Arbeitsaufwand. Monatelange Wartezeiten selbst bei einfachsten Anfragen, zeitaufwändige und letztlich vergebliche – weil untaugliche – Abwehrmanöver und leicht widerlegbare Statements zehren an der Effizienz der Verwaltung. Die 100 Tage Karenzzeit für den neuen Oberbürgermeister sind abgelaufen. Jetzt ist ein Neuanfang im Umgang mit der Bürgerschaft mit Transparenz und Wahrheit im Verwaltungsgefüge gefordert. Gemeinsam ließe sich erheblich mehr erreichen!

Ralf Beyer



© fotogestoeber - Fotolia.com

über die Sachlage aufzuklären. Die Gegenreaktion liegt auf der Hand: die Verwaltung könne die angebliche Flut von Akteneinsichten kaum noch bewältigen. Tatsache ist jedoch, dass nur durch Akteneinsichten und Anfragen Desinformationen der Verwaltung durchkreuzt werden können. Einige Beispiele:

Verwaltung: Die Stadt ist praktisch schuldenfrei.

Brandes stieß ins Horn

Ins gleiche Horn stieß auch der wackere Waidgeselle Brandes (CDU) bei seiner erfolglosen Kandidatur zum Oberbürgermeister.

Tatsache: Laut Akteneinsicht gibt es 59 „konstitutive Schuldversprechen“ der Stadt Braunschweig. Bereits die ersten 27 entdeckten entsprechen einem vertraglich festgelegten Schuldenberg von 416 Mio. Euro.

Verwaltung: Die Sanierung der Rolltreppen im Bohlwegtunnel kostet 1,7 Mio. Euro.

Konfrontation und gewährt Zeit für eine eigene Positionierung. Unvergessen die viel belachte Empörung des damaligen Stadtbaurats Zwafelink über den 110 m hohen Müllberg am Madamenweg: „Ich bin empört und überrascht, in welchem Ausmaß die Vorgaben der Baugenehmigung offenbar über Jahre hinweg ignoriert wurden. Die Stadt ist schwer getäuscht worden.“ Allerdings hat sich in dieser Hinsicht wenig geändert. Ein aktuelles Beispiel:

Verwaltung: Die Errichtung eines Flugzeughangars und eines Verwaltungsgebäudes am Flughafen ohne Baugenehmigung ist uns nicht bekannt. **Tatsache:** Erst nach langwierigem Nachhaken aus der Bürgerschaft teilte die Verwaltung nach 7-monatiger Wartezeit mit, dass die Baumaßnahme ohne Baugenehmigung erfolgt sei und man nun aber eine Baugenehmigung erteilt habe. Zu diesem Zeitpunkt war die Errichtung von Flugzeughangar und Verwaltungsgebäude jedoch bereits weit-

sidenten Wulff die Volkswagen AG der Hauptnutzer des Flughafens ist? Aktuelle Beispiele aus dem Norden Braunschweigs:

Freizeitlärm und andere Geräusche

Verwaltung: Im Landschaftsschutzgebiet „Querumer Holz und angrenzende Landschaftsteile“ ist die Erzeugung von Geräuschen wie Freizeitlärm oder andere störende Verhaltensweisen, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, erhebliche Beeinträchtigungen der Ruhe in Natur und Landschaft hervorzurufen, verboten.

Tatsache: Bau einer verlängerten Start- und Landebahn des Flughafens für den Hauptnutzer Volkswagen AG in eben dieses Landschaftsschutzgebiet mit erheblichen Beeinträchtigungen der Ruhe in Natur und Landschaft.

Verwaltung: Ausweisung eines Neubaugebiets in Waggum mit einer Bank als Investor ohne Erweiterung der

Flughafen (Hauptgesellschafter: Stadt Braunschweig): Es ist keine Zunahme des Straßenverkehrs in Waggum aufgrund der Unterbrechung der Grasseler Straße festzustellen.

Tatsache: Aus einem von der Flughafengesellschaft selbst in Auftrag gegebenen Gutachten geht hervor, dass der Straßenverkehr in Waggum im Zeitraum 2007/2009 – also vor Unterbrechung der Grasseler Straße – bis 2012 um 64% zugenommen hat.

Flughafen (Hauptgesellschafter: Stadt Braunschweig): Eine Planänderung für den Norden Braunschweigs nach Unterbrechung der Grasseler Straße ist nicht erforderlich.

Tatsache: Der Nds. Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr erklärt, dass nur die Flughafengesellschaft das Verfahren in Form eines Planänderungsverfahrens wieder in Gang setzen kann. Er werde das Verfahren auch in Zukunft eng begleiten.

Verwaltung: Das Fahrzeugaufkommen

Fortsetzung: Viele Gründe sprechen für die Wiedereröffnung des Nordbades

weiter von Seite 1

• Bereits wenige Monate nach Eröffnung der Wasserwelten kommt bei den Bürgern Unmut über diverse Probleme auf, wie man in den letzten Wochen in der BZ lesen konnte.

Außerdem wird deutlich, dass die Schwimmbadkapazität durch das 3-Bäder-Konzept nicht ausreichend gewährleistet ist. Zusätzlich kann man den Sportentwicklungsplan hinzuziehen, der darlegt, dass in Braunschweig mindestens 2 Hallenbäder von der Größe des Nordbades fehlen.

• Inzwischen wurde eine Bedarfsab-

frage des Arbeitskreises GS Schunter-siedlung durchgeführt, die die große Verunsicherung der Schulen bezüglich des Schwimmunterrichtes widerspiegelt. Eine erneute Bedarfsermittlung im Jan/Feb 2015 ist geplant, um eine realistische Einschätzung der Situation nach Schließung der Stadtteilbäder zu erhalten. Somit sind auch Erfahrungsberichte und Rückmeldungen über die aktuelle Schwimmbadsituation immer willkommen!

• Um die dieses Jahr hervorgehobene extrem hohe Zahl der Badetoten nicht weiter zu erhöhen, ist es erforderlich,

dass alle Kinder schwimmen lernen! Hier war das Nordbad mit Familien aus der Schunter-siedlung und aus Kralenriede stets gut gefüllt.

• Deshalb ist mit der Schließung des Nordbades die Wohnqualität für die Bewohner des Stadtbezirks Schunter-raue deutlich gesunken.

Ein weiterer Einschnitt ist die jetzt angedrohte Schließung der Nord/LB Filiale am Tostmannplatz. Die Unzufriedenheit über das zunehmende „Absterben des Viertels“ wächst unaufhaltsam! Fazit: Wann eröffnet das Nordbad wieder? Sylvia Wolter, Manja Graap, Katrin Roeßner, Wolfgang Bartsch



BIBS deckt auf: Schuldscheine im Rathaus

Braunschweig ist nicht frei von Schulden, wie immer behauptet - im Gegenteil: anstelle herkömmlicher Kreditaufnahmen bediente sich Hoffmanns Verwaltung über Jahre hinweg einer anderen (verdeckten) Form des Schuldenmachens, der Abgabe von Schuldversprechen der Stadt gegenüber Banken ohne „Wenn und Aber“ (sog. Einredeverzicht).

Eine Akteneinsicht der BIBS hatte ein Dokument mit Namen „Konstitutives selbständiges Schuldversprechen“ zutage gefördert. War nicht über Jahre hinweg die Frage nach Schulden immer verneint worden?

Also fragte die BIBS nun nach diesem Schlüsselbegriff:

1. Wie viele konstitutive Schuldversprechen wurden in den letzten 13 Jahren im Namen der Stadt abgegeben?
2. Wie hoch ist die Gesamtsumme dieser Schuldversprechen?
3. Wie viele solcher Schuldversprechen bis ins Jahr 2035 sind bereits jetzt geplant?

In der Ratssitzung am 27.5.2014 antwortete die Verwaltung auf die BIBS-Anfragen und gab erstmals seit Beginn der Privatisierungen folgenden Überblick über diese Schuldschein-Politik:

zu 1. In den letzten Jahren wurden 27 „konstitutive Schuldversprechen“ im Namen der Stadt abgegeben.

zu 2. Die Summe beläuft sich auf 416,3 Mio. €.

Davon entfallen:

23,7 Mio. € auf die Vereinbarung mit ALBA,

228,3 Mio. € mit Abwasserverband,

2,4 Mio. € auf Erwerb Altanlagevermögen der Stadt durch die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE-BS),

108,6 Mio. € auf Neuinvestitionen in das Kanalnetz durch SE-BS und

53,3 Mio. € auf (Schul-ppp), Schulsanierungen mit HOCHTIEF.

zu 3. Noch weitere 32 solcher Schuldversprechen stünden in den folgenden Jahren ins Haus. Von den 416 Mio. € Kreditschulden sei ein Teil bereits schon wieder getilgt, aber für HOCHTIEF und vor allem für Kanalneuinvestitionen kämen neue Summen hinzu. (alle Zahlen entnommen aus der Mitteilung des Finanzdezernats vom 27.5.2014 - Ratsdrucksache 10277/14)

Nicht im städtischen Haushalt erkennbar

Anders als bei ordentlichen Krediten der Stadt vorgeschrieben, sind die Schuldversprechen nicht im jährlich durch den Rat zu beschließenden Haushalt aufgelistet und auch sonst kannte sich in dieser verdeckten Fi-

Vereinbarung über einen Einredeverzicht konstitutives selbständiges Schuldversprechen

zwischen der

Stadt Braunschweig,
gesetzlich vertreten durch den **Oberbürgermeister,**

- nachfolgend: **„Braunschweig“**

Eines der bislang 27 aufgetauchten Schuldanerkennnisse, 32 sollen noch folgen.

nanzierungsart offenbar kaum jemand der Ratsleute aus. So antwortete der SPD-Kandidat für's OB-Amt, Markurth, am 18.5.2014, also eine Woche vor dem ersten OB-Wahlgang gegenüber dem Braunschweig-Spiegel in einer Kandidaten-Befragung, er habe zwar von den Schuldversprechen kurz zuvor erst gehört, kenne sich aber in der Materie überhaupt nicht aus. Nun steht er in dem Dilemma, als Nachfolger von Hoffmann die nächsten der 32 bereits vorgesehenen Schuldversprechen im Namen der Stadt zu unterzeichnen.

Wer hat das beschlossen?

Die BIBS fragte weiter:

„Wo und wann wurden die Ratsgre-

mien über solch beträchtliche Kreditvereinbarungen unterrichtet?“ und „Aus welchen Ratsbeschlüssen leitet die Verwaltung den Auftrag für solche künftigen Kredit-Versprechungen über das Jahr 2035 ab?“

Die Antwort der Verwaltung lautete:

„Die Privatisierung der Stadtentwässerung ist in den Ratsvorlagen 10175/05 (nicht-öffentliche Beratungsunterlage und 10176/06 (öffentliche Beratungsunterlage) beschrieben und vom Rat in der Sitzung am 17. November 2005 beschlossen worden.“ (Mitteilung des Finanzdezernats vom 8.5.2014, Drucksache 10192714)

Ermächtigung zum verdeckten Schuldenmachen aus dem Jahre 2005

Sieht man sich nun die besagte Ratsvorlage aus dem Jahre 2005 an, dann findet man dort den Satz:

„Die Verwaltung wird **ermächtigt**, alle in Zusammenhang mit der Fortfaitierung erforderlichen Erklärungen abzugeben.“

(Ratsdrucksache 10175/05)

Allein aus dieser knappen Ermächtigung leitet die Verwaltung seither ihre „**Ermächtigung**“ her, im Namen der Stadt Schuldversprechen in beträchtlicher Höhe abzugeben, ohne jemals noch einmal die Ratsgremien zu unterrichten, ohne Ausweisungen im Haushalt und das sollte so weitergehen bis zur Endfälligkeit der aufgelaufenen Schuldschulden im Jahre 2035.

P.R.



Jahrelang hieß es,
Braunschweig
sei schuldenfrei

Wem gehört das öffentlich finanzierte Vermögen?

Die BIBS-Fraktion fragte, wem das mittels sog. konstitutiver Schuldversprechen angeschaffte Vermögen nun letztendlich gehört und bekam folgende Antwort:

„Alle Investitionen [...] stehen im wirtschaftlichen Eigentum der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE-BS). SE-BS hat das unbeschränkte und umfassende Nutzungsrecht sowie die wirtschaftliche Verfügungsmacht.“ Und weiter wurde mitgeteilt:

„Etwaige Veräußerungserlöse aus Verkäufen von abgeschriebenen Sach-

werten stehen grundsätzlich SE-BS zu.“ (Mitteilung der Verwaltung, Drucksache 10195/14 vom 9.5.2014)

Öffentlich finanzierte Kredite erschaffen also privates Eigentum! Mündlich wurde dazu noch mitgeteilt, es handele sich eben um von der Stadt gewollte Investitionen in fremdes (also nicht-städtisches) Eigentum; das sei ja auch der Grund, warum die dazu aufgenommenen Kredite nicht im Stadthaushalt unter Kredite ausgewiesen seien.

Was sagt der neue Oberbürgermeister

Markurth noch vor seiner Wahl dazu? „Bislang war ich in meinem Zuständigkeitsbereich mit der Thematik nicht befasst und musste dies auch nicht.“

Ich bitte daher um Verständnis, dass ich mich zu dem gesamten Fragenkomplex ohnehin erst nach intensiver Beschäftigung mit der Problematik äußern würde. Wegen des zu erwartenden Arbeitsumfangs wäre dazu erst und nur im Falle meiner Wahl Zeit und Gelegenheit.“

(Markurth-Interview auf Braunschweig-Spiegel am 18.05.2014)

Was passiert nach Auslaufen der Verträge?

Auf mehrere Nachfragen der BIBS-Fraktion teilte die Verwaltung mit: „Der Rückkauf der Gesellschaft Stadtentwässerung Braunschweig GmbH ist in den Verträgen nicht vorgesehen.“ (Drucksache 10531/14 vom 16.9.2014)

Die Verträge laufen bis 31.12.2035. Ab dann könnte die Stadt - sofern man sich nicht mit Veolia (bzw. Rechtsnachfolger) auf einen kompletten Firmenrückkauf einigen würde - doch zumindest die kompletten Abwasseranlagen überschrieben bekommen, fragte die BIBS weiter.

Antwort:

„Die Stadt ist berechtigt, das der Abwasserentsorgung im Entsorgungsbereich dienende Anlagevermögen der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE-BS) (zurück) zu erwerben.“ Dazu gibt es aber scheinbar keine Regelungen.

Fazit: Obwohl mit öffentlichen Geldern der Braunschweiger Haushalte (Gebühren- und Stadthaushalt) über dreißig Jahre lang erhebliches Vermögen in Milliardenhöhe für Kanalbauten und Betriebseinrichtungen angeschafft wurden und werden, gehört es am Ende nicht der Stadt, sondern dem privaten Betreiber.

Klarstellungs-Vereinbarung zur kostenlosen Rückgabe des Kanalvermögens von den Parteien abgelehnt
Nun brachte die BIBS zur Juli-Ratsitzung 2014 einen Antrag ein, schon jetzt Regelungen in Form von Klarstellungen zu den vor 9 Jahren mit Veolia abgeschlossenen Verträgen auszuhandeln und zu fordern, dass das auf Kosten der Öffentlichkeit angeschaffte Kanalvermögen ohne Wenn und Aber wieder kostenlos nach Vertragsende im Jahre 2035 auf die Stadt übertragen

wird. Das lehnten die Parteien CDU, SPD und Piraten (teilweise auch die Grünen) erst einmal ab.

Laufzeit der Verträge mit ALBA

(Stadtreinigung, Müllabfuhr, Winterdienste): „Die Leistungsverträge I und II enden am 31.12.2020, verlängern sich jedoch jeweils um weitere 5 Jahre, sofern sie nicht spätestens zwei Jahre vor Vertragsablauf schriftlich gekündigt werden.“

„Die Verträge sehen für den Fall der Beendigung vor, dass ALBA der Stadt die betriebsnotwendigen Grundstücke, Anlagen, Gegenstände des beweglichen Anlagevermögens sowie Vertragsverhältnisse zum Kauf bzw. zur Vertragsübernahme anbietet. Die Stadt ist zur Annahme des Angebotes verpflichtet. Die Verträge enthalten auch Regelungen zu der Ermittlung des Kaufpreises.“ (Drucksache 10485/14 vom 9.9.2014)

„Ist die Euro-Krise überwunden? - Europa zwischen Aufstieg zur Weltmacht und Zerfall“

Vortrag&Lesung: Rainer Trampert
Rainer Trampert war 1982 bis 1987 Bundesprecher der Grünen und Ökosozialist, Parteiaustritt: 1990.

Do., 4.12.2014, 19.00, TU-Braunschweig, Altgebäude, Pockelsstr. 2

Veranstalter: attac Braunschweig, asta-TU-Braunschweig u.a.
<http://attac-netzwerk.de/braunschweig>

Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergernitiativen-braunschweig.de
ViSDP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Ingeborg Gerlach
Druckerei: Druckzentrum Cellesche Zeitung
Bremer Weg 186, 29223 Celle

BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195
Braunsch. Landesspark. 250 500 00

Hinweis

Eine Broschüre „Schulden und Zahlungsverpflichtungen der Stadt Braunschweig“ mit CD der Privatisierungsverträge aus dem Jahre 2005 erhalten Sie bei der BIBS im Rathaus.

Zur Ausstellung im Landesmuseum schrecklich kriegerischer Zeiten

...weiter von Seite 5

Mit welcher Grausamkeit deutsche Militärs vorgingen, erfuhren gleich zu Kriegsbeginn insbesondere die Belgier. Um planmäßig in wenigen Wochen Paris zu erreichen, mussten deutsche Truppen die Tagesetappen von 40 km durch Belgien und Luxemburg mit allen Mitteln erzwingen. Deshalb war geübte Praxis die äußerste Rücksichtslosigkeit auch gegen die Zivilbevölkerung.

Pastoren als menschliche Schutzschilde

Das Braunschweigische Infanterie Regiment 92 trieb z.B. Pastoren als menschliche Schutzschilde vor sich her, ließ sein Marschgepäck von gefangenen Zivilisten tragen, raubte sich die Verpflegung aus den Dörfern, die beim Verlassen niedergebrannt wurden. Die Bewohner der Häuser wurden erschossen oder mit Gewehrkolben erschlagen, in den brennenden Häusern eingesperrt und so lebendig verbrannt. Dorfbewohner wurden an die Wand

gestellt und erschossen. Belgien hatte so schon im August 1914 tausende tote Zivilisten zu beklagen. Die deutschen Truppen erschossen in Belgien im Ersten Weltkrieg doppelt so viele Zivilisten wie Soldaten! Das Braunschweigische Infanterie Regiment 92 verwüstete mit diesem Terror gegen die Zivilbevölkerung in nur acht Tagen vom 22. bis 30. August 1914 die Ortschaften Roselies und Tamines, danach Devant les Bois, dann Oret, Guise, Audigny la Defolation-Clanlieu, Le Serie und Landefay. Diese Kriegsverbrechen schildern Teilnehmer des Braunschweigischen Regiments so: „[...] Roselies wurde gehörig unter Feuer genommen, das Dorf tüchtig aus nächster Nähe beschossen. Der Erfolg blieb nicht aus [...] fast ohne Kampf gelangte das zweite Bataillon in den vollen Besitz von Roselies [...] die Häuser mussten gewaltsam erbrochen werden, weil die Verteidiger sich auf dem Boden versammelt hatten [...] zündete man die Häuser an [...]“ (Aus dem Tagebuch eines 92ers). Die Mord-

taten der Braunschweigischen Regimenter in einem neutralen Land werden in der Ausstellung kaum erwähnt und auch nicht als Kriegsverbrechen bezeichnet.

Durch den Aufbau der Ausstellung wird der Besucherblick vielmehr auf deutsche Schützengräben und das Leiden der deutschen Soldaten und ihrer Angehörigen beim Kriegshandwerk gelenkt. Am Eingang der Ausstellung steht auf einer Tafel „Wege in den Krieg“: „Die Welt trieb auf einen Krieg zu, den so, wie er sich dann entwickelte, keiner gewollt hat. Der Erste Weltkrieg brach weder zwangsläufig aus, noch wurde er planmäßig herbeigeführt.“ Dass der deutsche Schlieffen-Plan einen Angriffskrieg mit grausamen Folgen auch für neutrale Staaten wie Belgien bedeutete, lassen die Ausstellungsmacher im Dunkeln. In der Ausstellung „1914... SCHRECKLICH KRIEGERISCHE ZEITEN“ erfahren die Besucher viel über die Leiden der Täter, vom Leid der Opfer fast nichts. Joachim Kleppe

Kindergarten erteilt rechtsradikaler Stimmungsmache eine Abfuhr

Als wären die Enge und die Lebenslagen für die Menschen im Aufnahmelaager in der Boeselagerstr. nicht schon schlimm genug, versuchen nun auch noch ausländerfeindliche Vereine und Parteien, aus der Notlage von Hilfesuchenden ihr Süppchen zu kochen. Ableger der NPD tauchten in der Kita im Bastholz/Kralenriede auf und gaben vor, helfen zu wollen. Danach schlachteten sie das Ganze gegen die Asylbewerber und ihre Familien aus. Sofort bezog der Kindergarten Morgenstern am 11.10.2014 Stellung

und stellte u.a. klar, dass man die Notlagen infolge von Überbelegung des Asylbewerberheims zwar täglich vor Augen habe; allerdings nehme man "klaren Abstand von den suggestiven Behauptungen, wonach die Asylbewerber für uns eine Gefahr darstellen!" Konflikte gebe es nicht häufiger als anderswo, das habe nichts mit den Asylbewerbern zu tun: „Wenn Menschen unterschiedlicher Kulturen einander auf der Straße begegnen, dann führen Unsicherheit

und Angst vor dem Fremden, manchmal auch Vorurteile schnell zu Missverständnissen und Intoleranz. Wir bedauern dies und wünschen uns ein friedliches und wertschätzendes Miteinander – auch mit unseren Gästen aus dem Ausland, die oft genug als politische Flüchtlinge schlimme Erfahrungen hinter sich haben.“ Man distanzieren sich ausdrücklich von einer Vereinnahmung der Kindertagesstätte für „rechtsradikale Stimmungsmache“. (<http://recherche38.info>)

Red.



Inklusion ein Zauberwort?

Eine Behinderung zu haben, das hieß während der Zeit des Nationalsozialismus, dem Tode geweiht zu sein. Menschen mit Behinderungen waren nach der NS-Ideologie „nicht lebenswert“, sie wurden als so genannte „Defektmenschen“ ermordet. An diese Euthanasieverbrechen der Nazis erinnerte Anfang September „Der Graue Bus“, der als mobiles Denkmal in Braunschweig Station machte.

Sowohl für Menschen mit und ohne Behinderungen in der heutigen Zeit sollte das Zauberwort heißen: „Inklusion“. Es bedeutet gleichberechtigte Teilhabe und Selbstgestaltung in allen Bereichen der Gesellschaft. Auch in Schulen. Dafür müsste aber im Bildungssystem die gemeinsame Beschulung von Menschen mit und ohne Behinderungen von Kindesbeinen an vorangetrieben werden. Nur so können die jungen Menschen Be-

hinderung als Normalität erfahren – das althergebrachte Bildungssystem mit Förderschulen müssen wir hinter uns lassen.

Das bedeutet: Begegnungen schaffen, Trennungen durchbrechen, Menschen mit und ohne Behinderung zusammenführen statt zu separieren, kurzum: **INKLUSION entsteht erst dann, wenn sie gelebt und nicht nur besprochen wird.**

Angela Vorwerk

Veranstaltungsankündigung

Minna Fasshauer, die erste Ministerin Deutschlands nach Abdankung des Braunschweiger Herzogpaares im Jahre 1918

Freitag, 21. Nov. 2014
Samstag, 22. Nov. 2014
Freitag, 28. Nov. 2014
Samstag, 29. Nov. 2014
jeweils 20:00 Uhr

14,- € / 17,- €

Die neue BRUNSVIGA-Musikproduktion

Über Minna Fasshauer aus Braunschweig wurde in letzter Zeit kontrovers und erbittert diskutiert. Sie erlebte die für die Löwenstadt so turbulente Zeit, als der Herzog abdanken musste, die Rote Fahne über dem Schloß wehte und die junge Demokratie im damaligen Freistaat nie richtig Fuß fasste und schließlich als eine der ersten deutschen Länder die Nazis an die Macht kommen ließen. Minna Fasshauer ging in die Geschichte ein



Mobilticket ab 2015 teurer

Zwietracht herrschte im Aufsichtsrat der Verkehrs-GmbH über einen Aufsichtsrats-Posten.

Einig war man sich dagegen darin, das Mobilticket zur vergünstigten Benutzung von Bussen und Bahnen ab 1. Januar 2015 zu verteuern: von 12 auf 14 €

So hat es der Aufsichtsrat einstimmig unter Beteiligung von CDU, SPD, Grünen und Piraten nichtöffentlich beschlossen.

Erst durch eine Mitteilung der Verwaltung am 25.9.2014 im Sozialausschuss wurde die Erhöhung bekannt. Transparenz sieht anders aus

Ein zweifelhafter „Erfolg“ der vielen ausgegründeten städtischen Gesellschaften, ohne Ratsbeteiligung, weitab von störender Öffentlichkeit, vollendete Tatsachen zu schaffen.

Forderung der BIBS:

Die BIBS fordert dagegen eine Ausweitung der Benutzungszeit des Mobiltickets auf die Morgenstunden zwischen 7 bis 9 Uhr, weil in dieser Zeit oftmals Arztbesuche und Behördengänge anstehen. Dies ist für die BSVAG ohne jeglichen Mehraufwand möglich und für die ausweislich des grünen Braunschweig-Passes berechtigten Wohngeldempfänger, ALG-II Empfänger und Rentner nötig, um morgens zur Arbeit, Schule u.ä. zu gelangen oder wichtige Termine wie z.B. Arztbesuche oder Behördenwege wahrzunehmen.

Ein weiterer Verbesserungsvorschlag wäre, auch die BS benachbarten Verkehrsbetriebe aus GF, PE, SZ und WOB einzubeziehen, soweit sie das BS-Stadtgebiet bedienen.

Red.

Befreiung vom Faschismus

8. Mai 2015 - 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Am 8. Mai 1945 war der deutsche Faschismus endgültig besiegt. Die bedingungslose Kapitulation beendete 12 Jahre faschistischer Herrschaft in Deutschland und den 2. Weltkrieg in Europa. 55 Millionen Menschen hatten ihr Leben verloren, Europa lag in Trümmern, Deutschland wird immer mit den Verbrechen von Auschwitz verbunden bleiben. Braunschweig war schon drei Wochen früher befreit. 70 Jahre Befreiung vom Faschismus wären eine gute Gelegenheit, diesen Teil unserer Geschichte aufzuarbeiten. Gründe gibt es genug: Schon 1930 waren die Nazis an der braunschweigischen Landesregierung beteiligt. Braunschweiger Landespolitiker machten Adolf Hitler 1932 zum deutschen Staatsbürger, damit er zur Reichspräsidentenwahl kandidieren konnte. Es waren Braunschweiger Nazis, die am 4. Juli 1933 mit dem Massenmord von Rieseberg einen der ersten politisch motivierten Massenmorde verübten.

Die Geschichte des antifaschistischen Widerstands in Braunschweig ist noch zu wenig bekannt. Und die Versuche, nach der Befreiung für eine antifaschistische Ordnung zu sorgen, sind es wert, aufgearbeitet zu werden – ebenso die Gründe für deren Scheitern.

Ein Projekt „70 Jahre Befreiung vom Faschismus“, finanziert aus dem städtischen Haushalt, gestaltet von sachverständigen politischen Organisationen und Initiativen, sollte umgehend beschlossen werden. Eine runde Million Euro hatte die Stadt für die Veranstaltungen anlässlich des 100. Jahrestages der Fürstenhochzeit im Jahre 2013 ausgegeben. Eine mindestens genauso große Summe könnte zur Aufarbeitung der Geschichte beitragen. Sie wäre sowohl angesichts der historischen Verantwortung Braunschweigs als auch der politischen Rechtsentwicklung in Deutschland und Europa gut angelegt.

Werner Hensel

Opposition schadet !?

Den Platz des ausgeschiedenen CDU-Ratsherrn Brandes besetzt Thorsten Wendt. Im Wabe-Schunter-Boten warnte er kurz vor der Kommunalwahl 2011 vor damaliger Opposition:

„Das Miteinander sollte auch nach den Wahlen im Vordergrund stehen.“

Opposition, gerade in den Bezirksräten, schadet auch dem Gremium in seinem Ansehen und verunsichert die Bürgerinnen und Bürger im jeweiligen Stadtbezirk.“ (Wabe-Schunter-Bote Nr. 39)

Nun ist er selbst ein Teil der Opposition.